

BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen:

Appell

Berlin, den 29. Juni 2017

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

morgen müssen Sie über eine wichtige Frage abstimmen.
Es geht um die Ehe für Alle: Die rechtliche Gleichstellung
von Lesben und Schwulen in Deutschland.

Wir bitten Sie sich kurz auf eine kleine Geschichte einzulassen:

Stellen Sie sich vor, Sie sind 30 Jahre alt und
homosexuell. Sie haben Ihre Traumpartnerin oder Ihren
Traumpartner gefunden und wollen eine Familie gründen,
so wie viele andere auch.

Sie möchten den geliebten Menschen heiraten und Sie
möchten Kinder (vielleicht auch adoptierte) großziehen.
Aber das geht in Deutschland nicht. Sie haben als
schwules oder lesbisches Paar nicht die gleichen Rechte,
wie heterosexuelle Menschen – obwohl im Grundgesetz die
Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts verankert
ist (Art. 3 GG). Das schmerzt.

Stellen Sie sich vor, dass Sie schon seit vielen Jahren in
einer der vielen lesbischen und schwulen Familie leben-
aber nicht die gleichen Rechte wie andere Familien haben.
Für die Kinder bedeutet es, vom Staat und damit auch von
der Gesellschaft als „andere“ Familie wahrgenommen zu
werden.

Sprecherinnengremium

- Martina Arndts-Haupt**
Stadt Münster
Tel 02 51 - 4 92 17 00
arndtshm@stadt-muenster.de
- Roswitha Bocklage**
Stadt Wuppertal
Tel 0 20 2 - 5 63 53 70
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de
- Petra Borrmann**
Stadt Delmenhorst
Tel 0 42 21 - 99 11 87
petra.borrmann@delmenhorst.de
- Beate Ebeling**
Stadt Wolfsburg
Tel 0 53 61 - 28 27 62
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de
- Heike Gerstenberger**
Bezirksamt Pankow von Berlin
Tel 0 30 - 9 02 95 23 05
heike.gerstenberger@ba-pankow.berlin.de
- Brigitte Kowas**
Bezirksamt Reinickendorf
von Berlin
Tel 0 30 - 9 02 94 23 09
brigitte.kowas@reinickendorf.berlin.de
- Susanne Löb**
Landkreis Wolfenbüttel
Tel 0 53 31 - 8 42 53
s.loeb@lk-wf.de
- Katrin Morof**
Landkreis Helmstedt
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12
gleichstellungsbeauftragte@landkreis-helmstedt.de
- Annette Niesyto**
Stadt Karlsruhe
Tel 07 21 - 1 33 30 60
annette.niesyto@zjd.karlsruhe.de
- Christel Steylaers**
Stadt Remscheid
Tel 0 21 91 - 16 22 57
Christel.Steylaers@remscheid.de
- Inge Trame**
Stadt Gütersloh
Tel 0 52 41- 82 20 80
inge.trame@gt-net.de
- Elke Voigt**
Landkreis Dahme-Spreewald
Tel 033 75 - 26 26 14
elke.voigt@dahme-spreewald.de

Die „Ehe für Alle“ ist längst überfällig: Viele Länder haben Deutschland in dieser Frage überholt. Darunter die Niederlande, Belgien, Norwegen, Schweden, Portugal, Island, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Luxemburg und Finnland. Selbst in Staaten wie Spanien und Irland (außer Nordirland), in denen die katholische Kirche lange Zeit sehr starken Einfluss hatte, ist die Ehe für Alle durchgesetzt und damit nicht mehr an unterschiedliche Geschlechter der Eheleute gebunden.

Wir, die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, haben oft mit lesbischen und schwulen Eltern zu tun, die uns von ihrer Diskriminierung berichten - sei es am Arbeitsplatz, im Kontakt mit Behörden oder Schulen. Dabei war die Akzeptanz von Lesben und Schwulen in der Bevölkerung noch nie so groß wie heute. Eine gesetzliche Regelung kann dies Akzeptanz befördern und ein Zeichen gegen Diskriminierung setzen.

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

Bitte denken Sie an die vielen Menschen, die nur eins wollen: dass ihre Familie endlich gesetzlich anerkannt wird, dass Ihr „Ja“ genauso gilt, wie bei anderen. Damit sie sich ihren Wunsch nach einer Verantwortungsübernahme für Kinder genauso erfüllen können wie heterosexuelle Paare.

Wir bitten Sie um Ihr „Ja“: Sie können sich mit Ihrer Stimme dafür einsetzen, dass es hierfür endlich eine gesetzliche Regelung gibt.

Mit freundlichem Gruß

Roswitha Bocklage und Heike Gerstenberger
für die Bundessprecherinnen